

WFC warnt vor drastischen Fehlentwicklungen in der deutschen Energiepolitik

Autoren: Stefan Schurig, Anna Leidreiter

Zusammenfassung:

Anlässlich der anstehenden EEG Novelle im Jahr 2012 diskutiert die deutsche Bundesregierung zur Zeit einen Gesetzesentwurf mit weitreichenden Folgen für den deutschen Energiemarkt. Am 8. Juli soll im Bundesrat über die Änderung des EEGs entschieden werden. Der World Future Council warnt davor, dass die geplanten Förderungskürzungen für Erneuerbare Energien die Energiewende in Deutschland ausbremsen. Während durch den Ausstiegsbeschluss aus der Atomenergie ein höherer Strombedarf erzeugt wird, senkt die Bundesregierung die Attraktivität für Investitionen in Erneuerbare Energien. Atomausstieg und Beschleunigung des Erneuerbare-Energien-Ausbaus müssen aber gemeinsam und aufeinander abgestimmt angegangen werden, sonst verfehlt Deutschland die eigenen Ziele zum Klimaschutz und zum Ausbau der Erneuerbaren Energien. Es entsteht der Eindruck, dass das deutsche EEG von einem 'Gesetz zu Gunsten der Bürger' zu einem 'Gesetz für die Konzerne' umgestrickt werden soll. Damit wäre die Wende zu einer sicheren und nachhaltigen Energieversorgung in Deutschland in die Hand derer gelegt, die sie bislang stets verhindern wollten.

Hintergrund:

Die Bundesregierung hat sich auf den Weg Richtung Energiewende gemacht. So zumindest scheint es. Im Jahr 2022 soll der letzte deutsche Atommeiler vom Netz gehen. Diese Frist ist nach wie vor zu lang, denn technisch wäre ein schnellerer Ausstieg möglich gewesen, ohne dass dabei die Lichter ausgingen oder höhere CO₂ Emissionen verursacht würden. Auch die Rückfalloption, einige Nuklearkapazitäten als Reserve über die Ausstiegszeit hinaus zu erhalten, schafft unnötiges Misstrauen an der grundsätzlichen Linie einer Energiewende. Aus internationaler Perspektive jedoch ist die Entscheidung der konservativen Regierung für den Atomausstieg positiv. Das Signal, dass die größte Exportnation der Welt aus der Atomenergie aussteigt, ist von hoher Bedeutung und wird dazu führen, dass andere Länder dem Beispiel Deutschlands folgen.

Nichtsdestotrotz hat die Bundesregierung versäumt, gleichzeitig den Ausbau der Erneuerbaren Energien weiter zu beschleunigen. Das von der Regierung im Juni 2011 verabschiedete Energie-Konzept mit den entsprechenden Ausbauzielen sieht keine Maßnahmen vor, die nicht schon im Jahr zuvor, also weit vor der Katastrophe von Fukushima und dem Ausstiegsbeschluss vorgesehen waren. Im Gegenteil: Es besteht sogar die Gefahr, dass durch die geplanten drastischen Einschnitte bei der Erneuerbare-Energien-Förderung der Ausbau insgesamt ausgebremst wird und damit Deutschlands Führungsposition in dem weltweit wichtigsten Zukunftsmarkt verloren geht.

Um Deutschlands Klimaschutzziele zu erreichen, muss der Ausstieg aus der Atomenergie einhergehen mit einem beschleunigten Ausbau der Erneuerbaren Energien und massiven Investitionen in effizientere Technologien. Das Energie-Einspeise-Gesetz (EEG) ist hierbei

das wichtigste Instrument. Der World Future Council fordert daher von den Entscheidungsträgern im Bundestag, statt der geplanten Kürzungen Investitionen in Windkraft an Land, Photovoltaik und Biogas zu ermöglichen, die Eigenverbrauchsregelung für Photovoltaik auch bei Großanlagen zu vergüten und ein wirksames Grünstromprivileg statt der optionalen Marktprämie zu garantieren. Nur auf diese Weise sind die Ausbau- und Klimaschutzziele in Deutschland zu erreichen.

Schließlich muss die Entscheidung Deutschlands für den Atomausstieg im Zusammenhang mit folgenden drei Punkten gesehen werden:

1. Atomausstieg ist nur aufgrund der Erfolgsgeschichte des EEG möglich!

Der Ausstieg aus der Atomenergie innerhalb eines knappen Jahrzehntes ist nur möglich, weil die Erneuerbaren Energien in den letzten zwölf Jahren massiv ausgebaut wurden und ihr Stromanteil folglich von 3% auf über 16% hochgeschraubt wurde. Dies ist vor allem der Verdienst des Erneuerbaren Energien Gesetzes (EEG), das inzwischen weltweit in über 50 Ländern in ähnlicher Form eingeführt wurde. Das EEG ist zu Deutschlands wichtigstem Jobmotor geworden. Über 350 000 Arbeitsplätze sind in dieser neuen Branche entstanden. Viele der weltweit wichtigsten Wind- und Solarfirmen haben ihren Sitz in Deutschland. Darüber hinaus stammen viele Patente und vor allem Maschinen, die zur Herstellung von Solar und Windkraftwerken gebraucht werden, ebenfalls von hier.

2. Das bestehende EEG ist vor allem ein ‚Gesetz für die Bürger‘. Denn von der konventionellen Energiewirtschaft wurden Erneuerbaren Energien bekämpft statt gefördert.

Klimaschutz, Gefahren der Atomkraft, Endlichkeit der Ressourcen, Rohstoffabhängigkeit – trotz der offensichtlichen Notwendigkeit des Ausbaus der Erneuerbaren Energien wurde das EEG von den konventionellen Energiekonzernen bis hin zum Europäischen Gerichtshof massiv bekämpft und dies auch dann, als sich der wirtschaftliche Erfolg und die offensichtlichen sozioökonomischen Vorteile dieses Gesetzes abzeichneten. Der Erfolg des EEGs ist vor allem der Erfolg vieler Bürgerinnen und Bürger, die in Biogasanlagen, Windräder, Solaranlagen und kleine Wasserkraftwerke investiert haben. Die Energiewende in Deutschland ist also nicht ‚aufgrund‘ sondern ‚trotz‘ der bestehenden Energiewirtschaft gestartet worden.

Allein im Jahr 2010 wurden 26,6 Milliarden Euro Privatkapital mobilisiert, wobei die Photovoltaik den größten Anteil mit 19.500 Milliarden Euro darstellt (BMU 2011). Hauptsächlich neue Investoren, kleine Konsortien und Kooperativen sahen Chancen in den grünen Technologien. In Konzernplanungen spielen die Erneuerbaren Energien mit maximal 10 bis 15 % der Gesamtinvestitionen eine untergeordnete Rolle. Eine Studie des Berliner Instituts für Ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) im Auftrag von Greenpeace belegt, dass der Anteil aus Wind, Biomasse, Erdwärme und Solarstrom ohne alte Wasserkraftanlagen am Kraftwerksmix der vier Stromriesen 2009 bei gerade mal 0,1 bis 1,7 Prozent liegt (IÖW 2011). Dies zeigen auch aktuelle Zahlen des E.ON Konzerns. Nach eigenen Angaben investierte der Konzern bislang insgesamt gerade mal sechs Milliarden Euro in Erneuerbare. Bis 2013 sollen nun 3,6 Milliarden hinzukommen. Den Großteil des Geldes hat E.ON im Ausland investiert.

Auch im Hinblick auf die Arbeitsmarktsituation zeigt sich, dass die dezentrale Flächenwirkung des EEG der Treiber der erfolgreichen Entwicklung der Erneuerbaren Energien ist. Insgesamt waren im Jahr 2010 367.400 Menschen in diesem Sektor beschäftigt, welches einen Anstieg um 129% seit 2004 bedeutet (BMU 2011). Die Analyse der Beschäftigungszahlen zeigt, dass insbesondere die mittelständischen Unternehmen, Fertigungs-, Handwerks- und technische Berufe von dem grünen

Boom profitierten (GWS u.a. 2011). Auch die Bedeutung für strukturschwache Regionen wie die ostdeutschen Bundesländer ist deutlich. So sind 60,3% der industriellen Hersteller und 28,6% der Zulieferer im Osten des Landes ansässig. Auch der Anteil der Arbeitsplätze im Handwerk liegt mit 23,9% über dem gesamtwirtschaftlichen Referenzwert (ifo Institut 2007).

Das Erfolgsrezept des EEGs ist einfach: Wenn Menschen selbst an einer Entwicklung mit verdienen können, akzeptieren und unterstützen sie diese. In anderen Worten ausgedrückt: Partizipation führt zu Akzeptanz und Akzeptanz zeigt sich in Investitionen. Diese Partizipation steht nun auf der Kippe.

3. Der aktuelle Gesetzesentwurf für das EEG wird aus dem ‚Gesetz für die Bürger‘ ein ‚Gesetz für die Konzerne‘ machen. Damit wird sprichwörtlich der Bock zum Gärtner gemacht.

In den Überschriften der Gesetzesvorlage ist zwar von einer Beschleunigung der Energiewende die Rede, der Umweltminister spricht sogar von einem „gesellschaftlichen Pionierprojekt“. Aber die auf den Weg gebrachten Gesetzesentwürfe bedrohen den Ausbau der erneuerbaren Energien massiv.

Denn während Windenergie an Land, Biogas und die Photovoltaik die tragenden Säulen der Erfolgsgeschichte waren, sollen diese massiv eingeschränkt werden. Stattdessen setzt die Bundesregierung zukünftig auf Offshore-Windparks und schränkt die Eigenverbrauchsregelung im Bereich Solarstrom massiv ein. Auch die umstrittene Marktprämie begünstigt tendenziell große Energieversorger und die bisherigen Vorschläge zur EEG-Novelle in Bezug auf das Grünstromprivileg sind unzureichend und gefährden am Ende sogar einen vielversprechenden Ansatz zur Marktintegration von Erneuerbaren Energien. Besonders beunruhigend ist des Weiteren der Mechanismus des „atmenden Deckels“ bei der Solarförderung, der bereits letztes Jahr eingeführt wurde. Alle Erfahrungen aus anderen Ländern zeigen, dass ein Deckel für Zubauten zu Investitionsunsicherheit führt und die flächendeckende Implementierung von Erneuerbaren Energie Technologien verhindert werden. Durch die EEG Novelle ist der Zubau von PV Anlagen auf drei bis fünf Gigawattleistung jährlich beschränkt, was nicht ausreichen wird, um die ambitionierten Zubauziele zu erreichen.

Fazit:

Die Gesetzgebung, wie sie durch das Bundeskabinett vorgeschlagen, beinhaltet eine Aufweichung aller Bestandteile, die es dem Bürger ermöglichen, selbst zum Energieproduzenten zu werden. Dies jedoch war bisher die treibende Kraft der Energiewende. Der neue Konzern-Zuschnitt des EEGs kommt einem Kniefall vor der Atomindustrie gleich, denn die Zukunft der Energiewende liegt in der Hand derer, die sie verhindern wollen. Die Positivwirkung des Atomausstiegbeschlusses droht zu einem internationalen Imageschaden für die Energiewende zu werden: auf Kosten der Wirtschaft und der Umwelt.

Quellen:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) 2011:
Erneuerbare Energien 2010: Daten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit zur Entwicklung der erneuerbaren Energien in Deutschland im Jahr 2010 auf der Grundlage der Angaben der Arbeitsgruppe Erneuerbare Energien-Statistik (AGEE-Stat), verfügbar unter:
http://www.bmu.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee_in_zahlen_2010_bf.pdf

GWS/ DIW/ DLR/ Fraunhofer ISE/ZSW 2011: Kurz und langfristige Auswirkungen des Ausbaus der erneuerbaren Energien auf den deutschen Arbeitsmarkt, Studie im Auftrag des BMU, Osnabrück, Berlin, Karlsruhe, Stuttgart, verfügbar unter: http://www.erneuerbare-energien.de/files/pdfs/allgemein/application/pdf/ee_arbeitsmarkt_bf.pdf

ifo Institut 2007: Struktur und Entwicklungspotenziale der Photovoltaikindustrie in Deutschland, ifo Schnelldienst 61. Jahrgang –14/2008

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), im Auftrag von Greenpeace Hamburg(Hrg.) 2011: Investitionen der vier großen Energiekonzerne in Erneuerbare Energien: Stand 2009, Planungen und Ziele 2020 – Kapazitäten, Stromerzeugung und Investitionen von E.ON, RWE, Vattenfall und EnBW, Hamburg, verfügbar unter: http://www.greenpeace.de/fileadmin/gpd/user_upload/themen/energie/EVU-Studie_2011.pdf

END

World Future Council heißt Weltzukunftsrat. Die gemeinnützige Stiftung wurde von Jakob von Uexküll gegründet. Die 50 Ratsmitglieder kommen von allen Kontinenten dieser Erde, aus Politik, Zivilgesellschaft, Geschäftswelt, Wissenschaft und Kultur. Sie sind Universitätspräsidenten, Philosophen, Bürgerrechtler, Umweltexperten, Maori Älteste und vieles mehr. Es sind Menschen, die für ihre Vision einer gerechten, nachhaltigen und friedvollen Zukunft eintreten. Der Rat hat es sich zur Aufgabe gemacht, weltweit Politiker über gute Lösungen für die Herausforderungen unserer Zeit zu informieren. Mehr Informationen unter www.worldfuturecouncil.org.

Stefan Schurig ist Direktor der Arbeitsgruppe Klima, Energie und regenerative Städte beim World Future Council. Er hat sich seit vielen Jahren als Kommunikations- und Energieexperte dem politischen Umweltschutz verpflichtet, unter anderem als hauptamtlicher Pressesprecher von Greenpeace Deutschland. Seine Themen sind Klimaschutz und Ausbau eines nachhaltigen Energiesystems sowie Strategien zur nachhaltigen Stadtentwicklung.

Anna Leidreiter arbeitet als Policy Officer Climate/ Energy bei der Stiftung World Future Council in Hamburg. Während ihres Studiums in International Development Studies (MSc.) an der Universität Amsterdam beschäftigte sie sich aus sozialwissenschaftlicher Perspektive mit dem Thema Umwelt und Entwicklung. Erste praktische Erfahrungen durfte Anna Leidreiter bereits in einem Aufforstungsprojekt in Ecuador sowie in dem Solarunternehmen Solarteam Nord machen. Als studentische Hilfskraft am German Institut for Global and Area Studies (GIGA Hamburg) arbeitete sie außerdem zum Thema Klimawandel und Ressourcenmanagement in Afrika. Im Rahmen ihrer Masterarbeit führte Anna Leidreiter eine empirische Studie zum Thema „Community Participation in Natural Resource Management“ in Äthiopien durch.

Kontakt:

Stefan Schurig
Director Climate Energy
Tel: 040 30 70 914 27
Mob: +49 177 25 100 19
Email: Stefan.Schurig@worldfuturecouncil.org

Anna Leidreiter
Policy Officer Climate Energy
Tel: 040 30 70 914 24
Mob: +49 0178 688 75 05
Email: Anna.Leidreiter@worldfuturecouncil.org